



Erinnern – Gerechtigkeit schaffen –  
Wiederholung verhindern.  
Umgang mit der Vergangenheit

Denkmal Milizen Bomben  
Verlust Festnahme Hunger  
Diktatur Entführung Neuanfang  
Schüsse Waterboarding Verbrechen Verlust  
Demütigung Vergewaltigung Vertreibung  
Scham Versöhnung Diskriminierung Entschädigung  
Feuer Verzweiflung Kriegsverbrechen Zwangsarbeit Drohen  
Gerechtigkeit Hoffnungslosigkeit Kindersoldaten  
Krankenhaus Zensur Militärische Straftatigkeit  
Menschlichkeit Konzentrationslager Rechtsstaat  
Mittelmeer Joinet/Orentlicher-Prinzipien Strafe Flucht  
Süheheit Menschenrechtsverletzungen  
Gefängnis Vereinte-Nationen Strafgerichtshof  
Schande Wiedergutmachung Soldaten Verdrängen Bunker  
Stromschläge Strafvollzug Flüchtlingsslager Genozid  
Granaten Strafverfolgung Zerstörung Recht  
Entwürfen Internationales Verbrechen Vergebung  
Schläge Behinderung Verzeihung Wahrheit Folter  
Trauma Gedenktage Verzeihung Wahrheit Folter  
Krieg Hoffnung Keller Wahrheit  
Angst

# Nach einem Krieg oder dem Ende einer Diktatur: Reformen und Wiederaufbau beginnen. Aber was ist mit dem, was zuvor geschehen ist?

- Menschen haben Unrecht erlitten, waren selbst im Gefängnis, wurden gefoltert, oder ihre Angehörigen haben dieses Schicksal erlitten
- Menschen haben Angehörige und Freunde verloren
- Sie sind vielleicht durch das Erlebte traumatisiert
- Sie haben vielleicht alles verloren und waren Jahre auf der Flucht oder mussten sich verstecken
- Vielleicht waren sie auch an Gewalt und Unrecht aktiv beteiligt und fürchten jetzt eine Strafverfolgung
- Vielleicht waren es ihre Nachbarn, die ihnen Böses angetan haben. Wie können sie wieder zusammenleben?

# Die Jointet/Orentlicher-Prinzipien der Vereinten Nationen:

## **Recht auf Wahrheit, u.a.:**

Feststellen und Dokumentation dessen, was geschehen ist.  
Dazu gehört das Sammeln von Zeugenaussagen ebenso wie in forensische Untersuchungen

## **Recht auf Wiedergutmachung, u.a.:**

Entschädigungszahlungen; medizinische Hilfe und Behandlung von Traumata; traditionelle Konfliktbearbeitungsmechanismen, die den Täter zwingen, das Opfer zu unterstützen

## **Recht auf Gerechtigkeit, u.a.:**

Öffentliche Anerkennung des Unrechts und Bitten um Entschuldigung; Strafverfolgung; Denkmäler; Gedenktage; Wahrheitskommissionen

## **Recht auf Nichtwiederholung, u.a.:**

Reform der Strukturen und Institutionen (Gerichtswesen, Polizei, Gefängnisse, Gesetze)

# Recht auf Wahrheit

## Beispiel: Forensische Untersuchungen in Guatemala

In Guatemala sind während des Bürgerkriegs (1960-1996) 200.000 Menschen ums Leben gekommen. Viele verschwanden spurlos und ihre Angehörigen wissen bis heute nicht, was mit ihnen geschehen ist. Bis heute werden immer wieder neue Massengräber entdeckt.

Die Stiftung für forensische Anthropologie untersucht die Toten, die gefunden werden, versucht ihre Todesursache festzustellen und, sofern möglich, sie zu identifizieren. Das ist ein wichtiger Beitrag zur Aufarbeitung der Vergangenheit, denn die Angehörigen haben endlich Gewissheit.

Foto: Ausstellung mit Fotos von Opfern.  
Surizar, Creative Commons  
<https://es.globalvoices.org/2009/01/18/guatemala-fuertes-imagenes-de-victimas-de-guerra-incomodan-a-algunos/>



# Recht auf Wiedergutmachung: Entschädigungszahlungen

In Chile wurde nach langem Rechtsstreit Entschädigungen für Folteropfer über die Gerichte erkämpft. 2004 kündigte der damalige Präsident Ricardo Lagos dann an, dass Menschen, die in der Zeit der Diktatur von Pinochet illegal inhaftiert und gefoltert wurden, unter anderem eine lebenslange Rente von monatlich umgerechnet 140 Euro erhalten sollten. Der Spiegel (<https://www.spiegel.de/politik/ausland/chile-entschaedigung-fuer-pinochets-opfer-a-330116.html>

berichtete: „Lagos erklärte, seine Entscheidung beruhe auf einem umfassenden Bericht über Menschenrechtsverletzungen während der Pinochet-Diktatur (1973-1990). Der Report enthält die Aussagen von 35.000 Menschen, die zwischen 1973 und 1990 von Folter und politischer Gefangenschaft betroffen waren.

28.000 Aussagen wurden nach Angaben von Lagos als wahr anerkannt.“

Doch diese Entschädigungen waren unzureichend. Erst im November 2015 beschloss das chilenische Parlament eine einmalige Entschädigungszahlung in Höhe von umgerechnet 1.300 Euro an die Opfer der Diktatur.

Mahnmal: Bilder von Verhafteten und Verschwundenen "Desaparecidos" während der Pinochet-Diktatur in Chile. Foto: \_r o s a \_, CC BY-NC-ND 2.0.

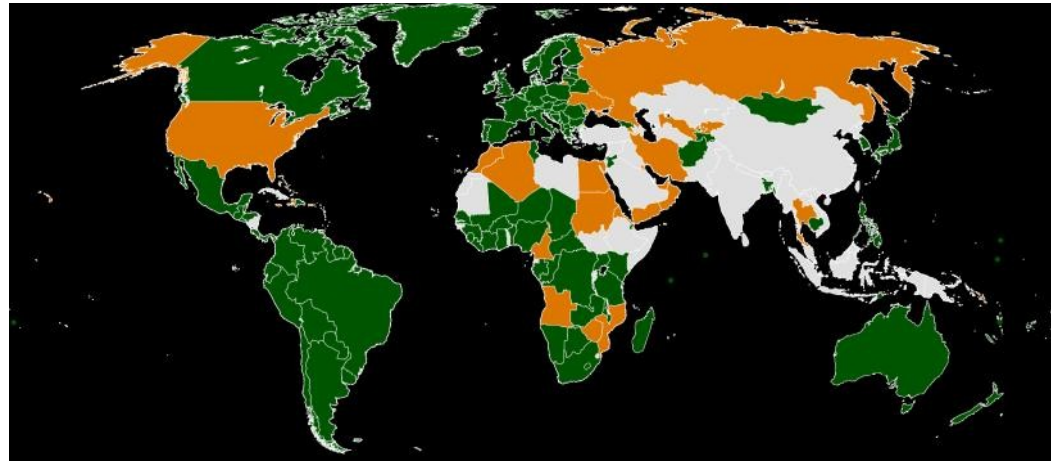




# Recht auf Gerechtigkeit: Strafverfolgung der Täter

Der Internationale Strafgerichtshof (International Criminal Court, ICC)  
Er nahm seine Arbeit 2002 auf und ist zuständig für Völkermord,  
Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen sowie  
Angriffskriege.

Seiner Einrichtung gingen mehrere Tribunale voraus, die zur Verfolgung  
von Kriegsverbrechen in bestimmten Ländern geschaffen wurden – zu  
den Kriegen im ehemaligen Jugoslawien und dem Genozid in Ruanda.  
Er soll dann tätig werden, wenn eine Strafverfolgung in dem Land, in  
dem die Verbrechen geschahen, nicht möglich scheint. Allerdings  
können nur jene Verbrechen  
verfolgt werden, die von  
Staaten begangen wurden, die  
den ICC ratifiziert haben.  
Die USA gehören ihm z.B. nicht  
an.



# Recht auf Gerechtigkeit: Täter-Opfer-Ausgleich

## **Die Wahrheits- und Versöhnungskommission in Südafrika**

Gerechtigkeitskommissionen hat es in verschiedenen Ländern gegeben. Das Vorbild und die bekannteste ist die in Südafrika. Dort wurde sie nach Ende der Apartheid 1996 eingerichtet; ihr Vorsitzender war Bischof Tutu.

Die Kommission hörte Täter\*innen und Opfer an. Falls die Täter\*innen ihre Taten uneingeschränkt zugaben, wurden sie nicht mehr strafrechtlich verfolgt. Die Opfer erhielten eine finanzielle Entschädigung.

Zahlreiche Verbrechen und Terroranschläge konnten so aufgeklärt werden.



# Recht auf Gerechtigkeit: Gedenken und Erinnerungskultur

Beispiele hierfür sind u.a.:

- Denkmäler und Gedenkstätten,
- Gedenkminuten oder -stunden,
- Benennung von Straßen und Plätzen nach Opfern,
- „Stolpersteine“,
- Erzähl- und Fragestunden mit Zeitzeug\*innen im Schulunterricht
- Entschuldigungen und symbolische Gesten, wie z.B. der Kniefall von Bundeskanzler Willy Brandt vor dem Denkmal der Toten des Warschauer

Ghettos 1970.

Fotonachweise in den Notizen





# Recht auf Nichtwiederholung

## Beispiel: Arbeit der OSZE

Nach dem Sturz von Diktaturen ebenso wie nach Kriegen finden i.d.R. umfassende Reformen statt. Es geht um die Schaffung von Rechtsstaatlichkeit. Ihre Merkmale sind u.a. eine unabhängige und allein dem Gesetz verpflichtete Justiz; eine Polizei, die die Menschen- und Bürgerrechte achtet und keine Korruption kennt Gesetze, die den universellen Menschenrechten entsprechen; freie Wahlen usw. Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa unterstützt bei ihren Mitgliedsländern solche Reformen, indem sie die Regierung und Institutionen berät und bei Konflikten vermittelt. Sie wirkt weitgehend im Stillen, hat aber viel erreicht, um die Reformprozesse nach den Umbrüchen von 1989 und Folgejahren zu unterstützen und durch die Demokratisierung eine Wiederholung der Menschenrechtsverletzungen der Vergangenheit zu verhindern.

# Dilemmata und Probleme bei der Beschäftigung mit Verbrechen in der Vergangenheit

Sehr oft haben die Täter noch Macht und Einfluss. Manchmal dauert es Jahrzehnte, bis eine rückhaltlose Aufklärung möglich ist. Das war auch in Deutschland nach der Befreiung vom Nationalsozialismus der Fall.

Sehr oft findet eine Konzentration auf die Taten, damit also auf die Täter statt. Die Opfer fühlen sich oftmals vernachlässigt und eine Entschädigung für erlittenes Unrecht ist nicht selbstverständlich.

Scham und Schande bzw. die Furcht vor Schande, falls das persönliche Umfeld eines Opfers erfährt, was ihm geschehen ist, lassen Opfer oft zögern, Zeugnis abzulegen.

Die Verfahren der Feststellung dessen, was geschehen ist, sind mühsam und oft sehr langwierig. Damit verzögern sich auch Strafverfolgung und Entschädigungen.

Bei der Aufarbeitung ist es wichtig, zu vermeiden, dass sich eine soziale Gruppe ausschließlich über ihr Opfer-Sein definiert. Eine Opfermentalität kann die Überwindung des Geschehenen verunmöglichen

# Versöhnung

Versöhnung zwischen ehemaligen Feinden oder zwischen Tätern und Opfern ist ein Prozess, der meist viel Zeit braucht. Es geht darum, von einer durch Konflikt geprägten Vergangenheit zu einer gemeinsamen Zukunft zu gelangen. Dies braucht die Arbeit an den vier von den Joint-Prinzipien definierten Bereichen. Es braucht aber auch Vergebung. Manchmal können dritte Parteien dabei helfen. Ein Beispiel ist die Arbeit des Zentrums für Gewaltfreiheit in Belgrad und Sarajevo. Es hat Veteranen des Bosnienkriegs, die auf gegnerischen Seiten gekämpft haben, zusammengebracht. Sie beteiligen sich heute gemeinsam an Gedenken an den Krieg und sagen ihren Kindern: „Macht nicht die Fehler, die ich gemacht habe.“ So arbeiten sie gemeinsam an einer Überwindung der tiefen Gräben – und als Veteranen finden sie Gehör auch bei eher nationalistisch eingestellten Menschen.

